



Ulrich Bielefeld

Nation und Weltgesellschaft

Wenn von Gesellschaft gesprochen wurde, war im alltäglichen wie akademischen Gebrauch bis vor nicht langer Zeit eine bestimmte nationale Gesellschaft gemeint. Auf der Ebene nationaler Gesellschaften ließen sich Institutionen verorten, Sozialstrukturen beschreiben, Öffentlichkeiten erfassen, dort konnte Recht gesetzt und gesprochen sowie Politik gemacht werden, nicht zuletzt wurden hier Wahlen durchgeführt, wurde Gesellschaft demokratisiert und Herrschaft überhaupt legitimiert. Trotz aller tatsächlichen oder behaupteten Ortlosigkeit moderner Individuendefinierte die nationale Gesellschaft ihre Zugehörigkeit. Sie ist und bleibt die Quelle menschlicher Zugehörigkeitsgefühle, nicht nur für die kurze Zeitspanne international ausgetragener Sportveranstaltungen. Und sollte sich die Stabilität moderner Gesellschaft gerade aus den Differenzen zwischen ihren unterschiedlichen Teilen ergeben, so wurde gesellschaftliche Einheit doch als nationale vorgestellt und realisiert. So war und ist man mit sicherlich variierender Emphase und angesichts durchaus unterschiedlicher Anlässe Franzose, Engländer, Deutscher etc.

Heute über Gesellschaft zu reden, heißt jedoch über Weltgesellschaft sprechen. Der Wechsel von der nationalen zur Weltgesellschaft hat das Zusammenleben maßgeblich verändert. Ein politischer Mord in Pakistan, ein umstrittenes Wahlergebnis in Kenia, Aufstände in den Slums von Megacities wie Nairobi, Stürme in der Karibik und deren Folgen für den Ölpreis, brennende Autos in französischen Vorstädten, jedes Mal handelt es sich um Ereignisse, die in unseren Alltag nicht nur deshalb hineinreichen, weil wir sie als tägliche Medienkonsumenten zur Kenntnis nehmen. Das gilt selbstverständlich auch für erneute Diskussionen über den Umgang mit kriminellen inländischen Ausländern und ausländischen Inländern; es gilt für Nachrichten, denen wir entnehmen können, dass Araber westliche Banken nicht nur kaufen, sondern durch ihren Kapitalzufluss auch retten, oder dass Inder Stahlwerke erwerben und zu Eigentümern renommierter, vormals britischer Automarken werden. Selbst ein vermeintlicher Zusammenhang zwischen unseren Kindern und indischen Computerspezialisten konnte die Gemüter erhitzen. Keine Frage also, es gibt die Weltgesellschaft. Allerdings stoßen wir auf ernstzunehmende Schwierigkeiten bei dem Versuch, ihre Form zu beschreiben. Es gibt sie offenbar nur, indem sie geschieht. Sie hat, anders und vielleicht besser gesagt, keine Form außerhalb ihres Geschehens. Weltgesellschaft ist eine soziale Tatsache, allerdings eine umstrittene. Und im Streit um diese Tatsache, ihre Objekte, Manifestationen, Akteure und Netzwerke, werden ihre zu analysierenden Formen sichtbar. Freilich dürfte es kompliziert sein, der Weltgesellschaft ein sie definierendes Wesen zuzuschreiben. Auf eine essenzialisierte, substanzialistische Form gar lässt sich Weltgesellschaft nicht bringen. Sie besitzt kein Merkmal, das für jedermann erkennbar wäre und das dann je nach Belieben entweder heilig gesprochen oder für uninteressant

erklärt werden könnte. Weltgesellschaft existiert nicht als ein raumzeitlich identifizierbares Phänomen, vielmehr besteht sie aus vielfältigen und kaum zu überschauenden Beziehungen. Dabei handelt es sich um Relationen und Assoziationen etwa zwischen bestimmten nationalen und transnationalen Rechtsformen einerseits, Personen (Weltbürgern, Aktivisten, Unternehmern) und Institutionen (Staaten, NGOs, Unternehmen, Kirchen) andererseits. Zwar haben sich basale Strukturen und Themen der Weltgesellschaft herausgebildet (Märkte, Umwelt, Energie), doch sind es die Assoziierungen, Aktionen und entsprechenden Thematisierungen, die ihre dynamische Realität ausmachen.

Die moderne nationale Gesellschaft wurde trotz ihrer wachsenden internen Differenzierung und gelegentlich sogar Fragmentierung zumeist als politische und kulturelle Einheit betrachtet, wobei die kulturelle Identität gewöhnlich mythisch eingefasst war. In ihr tauchte die Welt von Zeit zu Zeit und von Fall zu Fall am Horizont auf, wurde etwa als "Weltbürgergesellschaft" oder als "(Welt-)Republik" reklamiert, wurde auch unter dem Kürzel "Menschheit" als universale Appellationsinstanz ohne soziale Organisation in Anspruch genommen. Doch blieb die Welt für die klassische Moderne ein Bezugsrahmen, in dem sie zwar handelte, dem jedoch keine vorstellbare und mithin auch beschreibbare soziale Form als Gesellschaft korrespondierte. Weltgesellschaft ist in dieser geschichtlichen Epoche entweder eine ersehnte, freilich noch nicht in die Wirklichkeit eingeholte, oder aber eine schlicht perhorreszierte Projektion. Sicherlich ließen sich globale Interdependenzen erkennen, wie es beispielsweise Immanuel Wallerstein in seiner historischen Weltsystemtheorie getan hat, die sich am vergleichsweise einfachen Modell von Zentrum und Peripherie orientierte; auch konnte man die Entstehung von Weltgesellschaft im Rückblick vorverlegen, etwa ins 18. Jahrhundert, wie es die Studien von Rudolf Stichweh unternommen haben; schließlich lässt sich die Geburt der Weltgesellschaft grob auf den Beginn der funktionalen Differenzierung ursprünglich segmentärer Gesellschaften datieren. Und selbstverständlich kann sich auch die Historiographie umstellen und Geschichte nicht mehr unter nationaler, sondern transnationaler Perspektive schreiben, etwa als *histoire croisée*, wie es Michael Werner in Paris tut. Die Bezüge indes, die es ganz ohne Frage gab und die sicherlich auch der Gegenstand von Beobachtungen waren (welcher einigermaßen wache Holländer hätte übersehen können, dass die Kolonien seines Mutterlandes Reichtum für das Leben hinter den Deichen bedeuteten?), wurden eben nicht als weltgesellschaftliche identifiziert. Dass sie sich womöglich zur sozialen Form einer Weltgesellschaft ergänzen, lag jenseits des Denkbaren.

Solange Nation und Nationalstaat als höchste mögliche soziale Form (Émile Durkheim), als höchster Wert (Max Weber) oder als Substanz des Sozialen wie des Politischen galten, wurde Gesellschaft ausschließlich als nationale begriffen. Die Nation wurde als soziale und politische Form des Zusammenlebens vorgestellt, ihre Existenz wurde behauptet und realisiert. In der Nation fand sich die Gemeinschaft, lebten die Familien, entwickelten sich Institutionen, in ihr differenzierten sich Recht, Politik, Wirtschaft und andere Subsysteme aus. Die Teile sollten das Ganze nicht nur tragen, sie sollten es sein. Identität war und ist die Formel für den so konzipierten Modus gesellschaftlichen Seins. Eine in Wahrheit geschichtlich eher selten anzutreffende Ausnahmegestalt, die sich in einzelnen Fällen durch die Behauptung angeblicher ethnischer oder anderer Homogenität noch potenziert fand, wurde zur Norm erhoben und zum Grund der Existenz eines dann wirklich fiktiven, namentlich nationalen Kollektivs erklärt.

Die souveräne Nation war nicht nur Institution, sie beanspruchte zugleich, authentischer Ausdruck einer politischen Gemeinschaft zu sein. Selbst als diese Fiktion historisch zerbrochen war, hielt man an ihren Begriffen fest. Denn die Welt des Sozialen, so gaben es zumindest die immer noch geläufigen Beschreibungen vor, bestand weiterhin aus Gruppen und Klassen, Einteilungen und Grenzen. Freilich ließ sich der abgegrenzte Raum einer in ihren rassistischen oder kulturellen Eigenheiten vorgeblich homogenen nationalen Gemeinschaft nicht mehr so ohne weiteres zum Inbegriff politischer Ordnung stilisieren. Dem entsprechend tauchen bisher ungekannte Konzepte auf, in denen das Planetarische als ein neues, nun freilich unbeherrschbares Ganzes erscheint, das die Erbschaft tradierter politischer Ganzheiten antreten soll. Doch war und ist der Planet durchaus nicht homogen, er besitzt auch keine irgendwie benennbare soziale Form, und ein Souverän ist nicht in Sicht, jedenfalls nicht für säkulare Optiken.

Selbstverständlich bezeichnet die "Welt", die im Begriff der Weltgesellschaft anklingt, keinen Planeten. Sie ist kein physisches Datum, kein Name für einen Himmelskörper. Vielmehr umfasst die Welt der Weltgesellschaft allein das, was in die sozialen Kommunikationen und Interaktionen aufgenommen wird. Nicht jedes Ding und jedes Ereignis gehört, nur weil es irgendwo existiert oder irgendwo geschieht, bereits zur Weltgesellschaft. So gern sie erneut als ein Ganzes vorgestellt wird, ist sie Welt doch nur in ihren vielfältigen Bezügen zur Gesellschaft. Weltgesellschaft ist ein systematischer Zusammenhang von Gesellschaften, die als Nationalstaaten organisiert sind. Sie müssen sich, anders formuliert, als nationale Gesellschaften organisieren, falls sie eine Rolle in der Weltgesellschaft spielen wollen. Insofern ist die Weltgesellschaft keine postnationale Welt, sondern die Welt nach dem geschichtlichen Ende der Selbstsakralisierung von Nation und Volk. Die Epoche der Weltgesellschaft beginnt, wenn sich das Modell des Nationalstaates "verweltlicht". In ihr hat die Nation ihre sakralen Weihen, der Nationalismus seine Geltung als politische Religion und die Nation als Volk oder Volksgemeinschaft ihren existenziellen Charakter eingebüßt. Erst durch diese Verluste und die mit ihnen verknüpften Formveränderungen konnte ein transformierter Nationalstaat zum Modell der politischen Einheiten der Weltgesellschaft werden.

Wir leben in postsouveränen Nationalstaaten. Postnational erscheint die Welt aus der Perspektive jener Zentren, deren Nationalstaatlichkeit institutionell unerschütterter ist, deren nationaler Entwurf zumeist als gesichert gilt und deren weltgesellschaftliche Anerkennung, anders gesagt deren Einfluss, selbst dann außer Frage steht, wenn sie auf Souveränitätsbestandteile verzichten. Andere Staatsgebilde, teils in direkter Nachbarschaft zu den Zentren, teils weiter entfernt, erhielten erst in der jüngsten Vergangenheit Möglichkeiten zur demokratischen Selbstinstitutionalisierung und autonomen Selbstthematization. Kaum zu Nationalstaaten geworden, erfahren sie, dass die Nationalstaatlichkeit, legt man ihre klassische Ausprägung zugrunde, nur noch unter veränderten Bedingungen zu haben ist.

Postsouverän sind Nationalstaaten heute in genau dem gleichen Sinn, wie Gesellschaften als postmodern angesehen werden. Und postmodern nennen wir Gesellschaften, die ein Bewusstsein ihrer Modernität ausgebildet haben, die also nicht einfach sind, was sie sind, sondern die sich auf ihr eigenes Operieren reflexiv beziehen, also dessen tatsächliche und antizipierte Folgen ihrerseits wieder in ihr Handeln aufnehmen können (aber nicht müssen). Postsouverän sind Nationalstaaten auf analoge Weise: Sie sind es nicht deshalb, weil sie ihre Souveränität verloren, sondern weil sie sich die Fiktion der Souveränität zu Bewusstsein gebracht haben. Souverän konstituiert, haben sie auf Teile ihrer

Souveränität in dem Bewusstsein verzichtet, dass die tatsächlichen Folgekosten eines Festhaltens an fiktiven Souveränitäten zu hoch ausfallen würden.

Auch postsouveräne Nationalstaaten bleiben Staaten. Es handelt sich weiterhin um die Organisation von Macht im Modell der Monopolisierung von Gewalt und der legitimen, legalen Herrschaft, angewiesen auf Anerkennung. Gewalt, Recht und Anerkennung sind die stets ineinander verwobenen Dimensionen politischer Macht. Postsouveräne Nationalstaaten bleiben ebenso Nationen, d. h. sie berufen sich auf das politische Volk als die wie auch immer bestimmte Einheit ihrer Begründung, Geltung und Begrenzung. Reflexiv geworden ist den postsouveränen Nationalstaaten allerdings bewusst, dass das Volk in Wahrheit weder eine Gruppe noch eine Gemeinschaft ist. Mithin hat der postsouveräne Nationalstaat mit Bürgern zu tun, die keine Gemeinschaft bilden, und mit Klassen, die sich zu keiner Klasse für sich formieren. Er repräsentiert und beruft sich auf ein Volk, das er nicht definieren kann. Zudem verfügt die postsouveräne Nation über ein Wissen um die Einschränkungen und Beschränkungen der Macht. Politische Macht wird nicht als die einzige Gestalt von Macht und schon gar nicht als die oberste konzipiert (Michael Mann unterscheidet drei weitere Formen, ökonomische, ideologische und militärische).¹

Keineswegs ist die politische Macht nun der Meta-Macht des Ökonomischen ausgeliefert. De facto und de jure intervenieren nationalstaatliche Akteure in Märkte, sie erheben nach wie vor Steuern, beeinflussen die Verteilung von Waren und Dienstleistungen, kontrollieren Kapitalflüsse und treten als bedeutsame Mitgestalter von Arbeitsmärkten auf. Freilich kann sich die politische Macht nicht mehr auf ein Volk berufen, auch nicht auf eine Klasse, die ihre Interessen vermittels des Staates durchsetzt. Das Volk steht nicht mehr für eine Ganzheit und demographische Homogenität ist, sowohl als vermeintliche Voraussetzung wie auch als projektiertes Ziel politischer Vergesellschaftung, unter Verdacht geraten.

Der souveräne Nationalstaat hatte seine ganze Macht gegen Religion und Adel, gegen die Herrschaft von Reichtum und den Einfluss von Standesprivilegien geltend gemacht. Er setzte das natürliche Volk, das sich im politischen realisieren sollte, an die Stelle von weltlichen oder außerweltlichen Begründungen der Herrschaft. Die Reichen und die qua Geburt oder Bildung besonders Qualifizierten verloren ihren als selbstverständlich angesehenen privilegierten Zugang zur Herrschaft. Nation ist als Demokratie Volksherrschaft, die sich in konfliktreichen Prozessen auf Verfahren als Legitimation, besser: als deren kleinste Nenner geeinigt hat. Demokratisch verfasste Nationen fußen auf einem Organisationsmodell von Gesellschaft, zu dem heute eine idealtypische Form weltgesellschaftlich anerkennungswürdiger Gesellschaft gehört, mitsamt der entsprechenden institutionellen Arrangements, Rechtsformen, Verfahrensmustern und Zielvorgaben. Wie, so lautet die anstehende soziologische Frage, geschehen Gruppenbildungsprozesse unter- und innerhalb der Prozesse der Weltgesellschaft?

Die Institutionalisierung der postsouveränen Nation geschah in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Fortan bezog sich das Geld auf eine für alle gültige Leitwährung (mit dem Hegemonialvorteil der USA); neben dem nationalstaatlichen etablierte sich ein trans- und internationales Recht, das formell anzuerkennen und gelegentlich gegen stattfindende Verletzungen durchzusetzen die Nationalstaaten gehalten waren (UN, Völkerrecht etc.). In

Europa wurde 1951 mit der Kohle- und Stahllunion die Nationalisierung der Ökonomie aufgehoben. Das Abkommen von Bretton Woods sowie frühere Entwürfe zur zukünftigen Gestaltung Europas (Keynes 1941) setzten den Durchgriff auf die Struktur und Dynamik von Märkten als ein bewusst gehandhabtes Instrument ein, um Prozesse geschichtlichen Wandels anzustoßen.² Die angesteuerte Internationalisierung der Märkte verfolgte den Zweck, die ökonomische Souveränität der Nationalstaaten zu unterminieren. Nicht zuletzt sollten die industriellen Apparate in einer Weise kontrolliert werden, die ihre Verwendung zu Kriegszwecken blockiert. Keynes etwa betrachtete die mit Bretton Woods institutionalisierte ICB (International Central Bank) als probates Mittel für die "Konstruktion einer zukünftigen Weltregierung."³

Seine Hoffnung war sicherlich zu weit gegriffen, gleichwohl entstand ein neues Handlungsfeld für die Politik. Erste, noch vage Strukturen zeichneten sich ab, die zu weiteren Konzeptionalisierungen einer übernationalen Sphäre einluden. Jetzt ließ sich folgenreich über transnationale Politiken und Interventionen nachdenken. Und innerhalb des sich abzeichnenden institutionellen Rahmens traten erste Akteure und Spezialisten auf, die in ihren Überlegungen und Initiativen nicht mehr nur am Nationalstaat orientiert waren. Sie entwickelten Marktlogiken, die nationale Einfassungen überschritten. Allerdings vermochten die Zeitgenossen die Tragweite des Projektes kaum zu erkennen und zu würdigen. So zeigte sich Jean Monnet, während des Krieges neben Keynes einer der Hauptverantwortlichen für die Kriegsökonomie, enttäuscht über die Reaktionen der Journalisten auf die Schuman-Deklaration. Dieses Gründungsdokument der Europäischen Union, mit angeregt von Konrad Adenauer, jedoch von Robert Schuman und Jean Monnet in der Kooperation mit einer kleinen Arbeitsgruppe aufgesetzt, zielte darauf ab, neue europäische Kriege kraft einer weit reichenden Marktintegration, die sich zunächst auf die Kohle- und Stahlindustrien konzentrierte, bereits im Ansatz zu verhindern. Da die seinerzeit geläufigen Begriffe und politischen Ideologien nach wie vor am Projekt des Nationalen orientiert waren, konnten die umfassenden Konsequenzen einer die nationalen Grenzen überschreitenden Integration Europas kaum verstanden werden. Wahr ist dennoch, dass sich zumindest einige der Protagonisten durchaus über die historische Mission ihres Vorstoßes im Klaren waren. Schuman wie Adenauer waren katholische Christdemokraten, die ihre Vision, wie Douglas Holmes betont hat, "unter Bezugnahme auf Thomas von Aquin und die Schriften der Neothomisten"⁴ konturiert haben. Diente die Betonung absoluter Souveränität zur Zeit der Religionskriege dem Zweck, den verheerenden kriegerischen Auseinandersetzungen ein Ende zu setzen und sie in Zukunft zu verhindern, so sollten gerade Souveränitätsverzichte Mitte des 20. Jahrhunderts genau das gleiche Ziel erreichen.

Keineswegs hatte sich die postsouveräne Nation mit ihrer beginnenden weltgesellschaftlichen Institutionalisierung schon durchgesetzt. Sie konnte sich von nun an aber als ein Modell geschichtlich entfalten, weshalb die Maßnahmen kurz vor und nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs tatsächlich als eine radikale Zäsur anzuerkennen sind, deren Folgen immens waren. Ohne zunächst mit signifikanten Modifikationen der gesellschaftlichen Selbstthematisierung einherzugehen, wurde zweifelsohne eine veränderte Institutionalisierung der Weltgesellschaft in Gang gebracht. Bretton Woods (1944), die Gründung der UN (1945/48) und die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1951) summieren sich zum Beginn der Institutionalisierung von Weltgesellschaft auf. Sie markieren, anders und besser gesagt, deren Umstellung von einer asymmetrischen, nämlich vormals

kolonialistischen, auf eine symmetrische Institutionalisierung. Zweifelsohne hat damals ein Bruch mit der vorherigen Weltordnung stattgefunden, selbst wenn den Zeitzeugen das Vokabular und die Vorstellung fehlten, um sich diese Welt ausmalen und sie in ihren Eigenheiten beschreiben zu können. Noch war die koloniale Ordnung der Welt in Kraft, mit wenigen Nationen in Europa, die die Welt nach ihrem Bilde gestalten wollten und die für sich die Überhöhung des Selbstbestimmungsrechts in Anspruchnahmen, wie sie nach dem Ende des Ersten Weltkriegs über die Wilson–Doktrin auch Eingang in die Ordnung Europas gefunden hatte. Die Imago der ihr eigenes Schicksal bestimmenden souveränen Nation, historisch jung, selbst wenn sie weit in die Geschichte vorverlegt worden war, beherrschte weiterhin die nationalen Selbstthematizierungen und Selbstbilder.

Bestand die Welt bis 1945 aus wenigen Nationalstaaten im Zentrum und ihren kolonialen Anhängseln in der Peripherie, wurde bei weiterlaufenden und sich teilweise verstärkenden Ungleichheiten von Macht und Reichtum nach 1945 folgenreich zunächst eine Semantik der Gleichberechtigung institutionalisiert, die das Paradigma des Nationalstaats transformierte, um es schließlich zum weltgesellschaftlichen Modell zu verallgemeinern. Das Recht auf Selbstbestimmung wurde als kollektives Menschenrecht institutionalisiert, die absolute Souveränität des Staates jedoch auf zwei wichtigen Ebenen beschnitten: einerseits auf der Ebene der Ökonomie durch die regionale, politisch induzierte Marktintegration und andererseits auf der des Rechts durch die zunehmende rechtliche Vernetzung der Welt. Weltgesellschaft bedeutet demnach zweierlei: eine immer weiter ausgreifende Marktintegration und die damit einhergehenden ökonomischen Interdependenzen sowie die Universalisierung des nationalstaatlichen Modells.

Von daher ist die Weltgesellschaft von Beginn ihrer modernen Institutionalisierung an keineswegs postnational, ganz im Gegenteil. Vielmehr wurde das Recht auf Selbstbestimmung weltgesellschaftlich verbrieft. Tatsächlich sind immer mehr als Nationalstaaten anerkannte Gesellschaften entstanden. Gegenwärtig sind es innerhalb der Vereinten Nationen 191 Staaten. Dieses Phänomen findet sich auch deutlich durch die Geschichte der Dekolonialisierung und der kolonialen Befreiungsbewegungen bestätigt, die bereits in die Phase des Prozesses der Institutionalisierung der Weltgesellschaft fällt. In der Regel ist die Rhetorik der Befreiung identitär, kollektiv und auf die Schaffung einer Nation bezogen. Dabei handelt es sich ganz ohne Frage um nationale Bewegungen unter weltgesellschaftlichen Bedingungen. Ihnen steht die Selbstbestimmung de jure zu, und sie nahmen sie de facto als ein nationales Recht in Anspruch. Wie schreibt Jean Paul Sartre im September 1961 in seinem Vorwort zu Frantz Fanons *Die Verdammten dieser Erde*: "Der (im Befreiungskampf, U.B.) Überlebende fühlt zum ersten Mal einen *nationalen* Boden unter seinen Füßen. Von diesem Moment an weicht die Nation nicht mehr von ihm: man findet sie dort, wohin er geht, wo er ist, niemals weiter weg — sie wird eins mit seiner Freiheit." Und was lässt uns Fanon selbst, universal gebildet durch die universale Nation, in deren Schutz er gelebt hatte, wissen? Dass die Infragestellung der Kolonisation weit davon entfernt, eine Abhandlung über das Universale zu sein, vielmehr "die wilde Behauptung einer absolut gesetzten Eigenart" sei.⁵ Es ist also gar nicht daran zu zweifeln, dass sich die Logik des Nationalen, mitsamt ihrem Telos, d. h. der Ausbildung des Kollektivs und ihres politischen Bezugs, auch und gerade in der Weltgesellschaft fortsetzt. Sie gilt nun für alle, kann und wird dort in der Gestalt des nationalen Selbstbestimmungsrechts auch von allen in Anspruch genommen werden. Allerdings verwirklicht die Nation unter weltgesellschaftlichen Auspizien nicht mehr, um es mit Fanon zu sagen,

absolut gesetzte Eigenarten. Ihr Erfolg bemisst sich jetzt daran, als Nationalstaat ein durch andere Nationalstaaten anerkannter Teil der Weltgesellschaft und mithin berechtigt zu sein, Förderanträge zu stellen. Dieser vergleichsweise schlichte Sachverhalt ließe sich anhand eines zweiten Zitats aus Sartres Vorwort utopisch aufladen: "Jeder hat alle Rechte. Über alle. Und wenn die menschliche Art sich einmal vollendet hat, wird sie sich nicht als die Summe der Bewohner des Erdballs definieren, sondern als die unendliche Einheit ihrer Wechselseitigkeiten."⁶

Die Weltgesellschaft löst Gruppen als vorgegebene Entitäten des Sozialen und des Politischen auf. Dadurch verschwinden sie nicht, sie betreten die Bühne nur in einem anderen Seinsmodus, nämlich im Prozess ihres Entstehens und ihrer Entwicklung. Die "unendliche Einheit ihrer Wechselseitigkeiten" ist nichts anderes als eine zutreffende, das Phänomene selbst jedoch nur andeutende Beschreibung solcher Selbsterzeugungsprozesse, die Sartre geschichtsphilosophisch zu einer "Vollendung der menschlichen Art" adelt. Man muss diesen hegelianischen Geschichtsoptimismus nicht teilen, könnte allerdings viel nüchterner festhalten, dass seine Worte einfach die mühsame Praxis umschreiben, in der das menschliche Zusammenleben unter weltgesellschaftlichen Bedingungen ausgehandelt und gestaltet wird.

Eine übersichtliche Welt ist nicht die Voraussetzung der klassischen Moderne gewesen, sondern ihre Zielvorstellung. Dabei waren zwei große Vereinfacher unterstellt, mit deren Hilfe die Welt einheitlich gestaltet werden sollte — Kapitalismus und Nationalismus. Im 18. *Brumaire des Louis Bonaparte* beschreibt der Historiker Karl Marx das Scheitern der Revolution von 1848 in Frankreich. Er analysiert die Fragilität des Bündnisses, das der Monarch mit den Bauern eingegangen war, die eigentlich doch unfähig waren, über ihre Scholle hinauszuschauen. Marx unterscheidet vier Klassen, unterteilt sie noch, gesellt ihnen weitere Gruppen hinzu, so etwa die Bohemiens, die streng genommen keine Klasse darstellen. Die sozialen Lagen und die ihnen korrespondierenden Stellungen zu den vorhandenen Produktionsmitteln waren zu vielfältig, um klare Fronten, einfache Grenzverläufe und also eindeutige Machtkämpfe und klare Strategien zu schaffen. Später werden seine Analysen des Kapitals die vereinfachende Logik des Kapitalismus herausarbeiten und normativ gutheißen, da sich schließlich nur noch zwei Klassen in einer vorgeblich finalen Konfrontation gegenüberstehen. Marx nimmt genau genommen eine Vereinfachung vorweg, deren Resultat zur Mitte des 19. Jahrhunderts noch gar nicht vorlag. Erst der sich fortentwickelnde Industriekapitalismus würde sie, so Marx, vorantreiben, würde die Vielfaltraditionaler Bindungen verdampfen lassen.

Auch die Nationalisierung sollte zur Vereinfachung beitragen, sie sollte übersichtliche Zugehörigkeitsstrukturen etablieren. Unter dieser Perspektive treten, wenn man so will, die bei Marx einander konfrontierten Klassen als gemeinsame Träger der Nation wieder auf. Ihr geschichtlicher Auftrag ist die Verwirklichung des souveränen Nationalstaates als einer politischen Ordnung, die den im Spiele befindlichen Interessen adäquat ist. Faktisch existierten in der "alten Welt" der Nationen nur wenige Staaten, die ihr nationales Selbstverständnis (Wortführer und Stichwortgeber solcher Programme sind gewöhnlich Historiker und Schriftsteller gewesen, abkürzend gesprochen: "Intellektuelle" avant oder auch après la lettre) explizit ausformuliert und sich dementsprechend sowohl nach innen wie nach außen institutionalisiert hatten. Solche Nationen beanspruchten die Macht, d. h. die Beherrschung der Institutionen, der Gerichte, des Glaubens, der Zentren, des Geldes und nicht zuletzt der Truppen. Dafür brauchten sie Legitimation und Anerkennung. Sie

schufen Staatskirchen, definierten das Volk und die Zugehörigkeit, richteten Volksschulen und Universitäten ein. Neben die "Als-ob-Vergesellschaftung" durch den Markt, die selbst nach Max Weber keineswegs nur rational verlief, trat die Nation als eine "Als-ob-Vergemeinschaftung", die keineswegs nur auf Emotionalität und Identität beruhte. Genau besehen waren die rationale Marktvergesellschaftung und die emotionale Vergemeinschaftung zur Nation gar nicht, was sie vorgaben zu sein. Die Nation beruhte historisch gesehen nicht auf einer Gemeinschaft, die im Brüderlichkeitsethos zueinander gefunden hätte, sondern auf (wert-)rationalen Entscheidungen, und der Markt schien nur im Lichte einer Fiktion vernünftig zu sein, die rationale Akteure keineswegs beobachten, sondern allenfalls postulieren konnte.

Die beiden Vereinfacher sollten zwei Aufgaben erfüllen: Sie sollten ein Kollektiv, sei es die Klasse oder das Volk, definieren, das es noch nicht gab, und sie sollten dieses Kollektiv als Fundament der Politik identifizieren. Die Vereinfacher stehen für eine Architektur, in der das Soziale das Politische fundiert. Es wäre vorschnell, würde man die Idee der Vereinfachungen ad acta legen. Ganz ohne Erklärungswert ist es nicht. Tatsächlich lässt sich nämlich beobachten, dass nationale Einheitsbildungen dort erleichtert wurden, wo das rechts-links-Schema alte Zugehörigkeitsstrukturen abgelöst hatte. In diesen Fällen wurde hauptsächlich nicht mehr nach ethnischer oder konfessioneller Zugehörigkeit, sondern nach politischen Kriterien gewählt. Offenbar schuf die Vereinfachung kraft des Rechts-links-Schemas neben der zu ihr gehörenden Konfrontation auch die Möglichkeit eines gemeinsamen Bezugs. Sie erleichterte durch die Ablösung regionaler, ethnischer oder konfessioneller Bezugssysteme deren Ergänzung oder gar Ersetzung durch die Bezugsgröße Nation. Alles in allem gesehen erwiesen sich die großen Vereinfacher jedoch als zu undifferenziert. Und wo sie in der Tat Differenzen setzten, also etwa in der Gegenüberstellung von Klassen oder Rassen, waren derartige Setzungen zu radikal.

Man kann die Institutionalisierung der Weltgesellschaft als eine Antwort auf das gründliche Scheitern der großen Vereinfacher in der Moderne verstehen. Allerdings sind auch die Vereinfacher nicht verschwunden, auch sie haben sich verändert. Die nationale Begrenzung der Märkte wurde zunehmend aufgehoben und wird heute von internationalen Regulierungen begleitet, die manchmal, sogar nach dem Urteil der Experten, noch zu schwach ausfallen. Dass und wie sich das Modell des Nationalstaates verändert hat, wurde bereits gezeigt. Zusammenfassend lässt sich mithin festhalten, dass sich die Als-ob-Vergesellschaftung des Marktes und die Als-ob-Vergemeinschaftung der Nation gegenwärtig in historisch ganz unterschiedlichen Verläufen ergänzen. Fest steht freilich auch, dass der Kapitalismus des reinen Marktes keine Bindungskräfte erzeugt. Auf der Ebene des nationalen Territorialstaates konnte die legale Herrschaft durch Wohlfahrtspolitiken ergänzt werden sowie durch eine Politik der Einheit auf Grundlage einer Sakralisierung des kollektiven Selbst und der heiligen Souveränität der Nation. Die postsouveräne Nation der Weltgesellschaft hingegen legitimiert sich allein durch Recht und Verfahren. Sie kann nicht mehr als singulärer Akteur auftreten, kann sich ihre Leistungen und deren etwaigen Erfolg auch nicht mehr unabhängig von äußeren Entwicklungen in Märkten und Rechtskulturen gutschreiben. Zudem ist sie eher auf Temperierung politischer Intensitäten und die zeitliche Befristung politischer Mobilisierungen (Wahlkämpfe) angelegt. Sie achtet darauf, dass das Soziale und das Politische nicht, zumindest nicht zu sehr, zu vermischen. Diese verschiedenen Facetten, die zur Transformation des Nationalstaates gehören, machen den Staatsbürgern in annähernd globalem Maßstab sichtbar, dass es für die Zugehörigkeiten und die Gemeinschaft auf

der Ebene der Weltgesellschaft keine Zuständigkeit gibt.

Weltgesellschaft besteht nicht aus Kollektiven, sie kann sich weder auf ein soziales noch ein politisches Volk berufen. Ihr bleibt die Kommunikation, das Recht und der Prozess der Institutionalisierung. Es gibt die Weltgesellschaft also, solange sie auf den unterschiedlichen Handlungsebenen gemacht wird. Und gemacht wird sie von immer mehr Institutionen, Personen, Waren und Dienstleistungen, die miteinander kommunizieren respektive gegeneinander getauscht werden. Gibt es eine soziale Wirklichkeit der Weltgesellschaft? Ja, die soziale Wirklichkeit der Weltgesellschaft ist das Ensemble der Verbindungen, die zwischen den genannten Akteuren hergestellt und unterhalten werden.

Ob es in dieser Wirklichkeit in Zukunft mehr oder weniger Gewalt geben wird, ist schwer zu beantworten. Doch besteht die Möglichkeit, etwaige Gewaltexzesse zu delegitimieren oder zu skandalisieren, Opfer zu beklagen und die Anerkennung ihrer Rechte zu fordern, schon jetzt. Für alles kann man jemanden finden ... und sei es im Netz. Deshalb vermögen sich selbst die jungen alten, essenzialistischen Nationalisten und Rassisten via Internet weltgesellschaftlich zu organisieren.

Die Weltgesellschaft und ihre Institutionalisierungen sind ein Gewinn, da sie eine Dissoziierung des Sozialen und des Politischen stabilisieren. Gruppen kommen von vornherein im Modus ihrer Gruppenbildungen in den Blick. Was die klassische Moderne unter Zwang zur Deckung gebracht wissen wollte, kann nun auseinander gehalten und als Freiheitsspielraum genutzt werden. Freilich kann es schwierig und auf den ersten Blick mühselig sein, Solidaritäten zu finden und auf Dauer zu stellen. Neu an diesen Kommunikationsprozessen sind die Medien, die Techniken, die Formen von Partizipation, auch die gelegentlich immense Zahl der Beteiligten sowie die gleichzeitige Flüchtigkeit und Stabilität der Kontakte. Die Kollektive jedoch existieren, solange und soweit an ihrer Erzeugung gearbeitet wird. So neu ist dies Phänomen wiederum nicht.

Für die Analyse der Weltgesellschaft ist Marx aktuell, da er die grenzenlose und revolutionäre Dynamik der Ökonomie des Kapitalismus ebenso erkannt hat wie die Dynamik der bürgerlichen Klasse, vorhandene Lebensbedingungen aufzulösen und verdampfen zu lassen. Diese Dynamik hat an Kraft nichts verloren, vermutlich eher hinzugewonnen. Max Weber ist aus dem genauen Gegenteil aktuell. Er hat das Fortlaufen ständischer, traditionaler Orientierungen bei aller Veränderung beschrieben. Beide Perspektiven, Auflösung wie Erhalt, müssen für eine Analyse der Weltgesellschaft in ein sich wechselseitig ergänzendes Verhältnis gesetzt werden. Damit erschlosse sich die Möglichkeit, einen Blick auf die sich vor unseren Augen abspielenden Prozesse der Neubildung des Sozialen zu werfen, um das Weiterlaufen wie den Neuaufbau von Orientierungen und Differenzierungen zu beobachten. Dabei sollte nicht übersehen werden, dass wir beständig zu wenig über das wissen, was wir eigentlich zu kennen glauben: etwa über Religion und ihre Bedeutung, etwa über Recht und seine Neukonstituierung auch oberhalb des Staates, etwa über Macht und ihre wechselnden Schauplätze, etwa über Zugehörigkeitsempfindungen, die die Veränderung ihrer Ausgangsbedingungen dauerhaft überleben und sich gleichzeitig neu einstellen können.

Sind wir an der soziologischen Analyse von Gruppenbildungsprozessen interessiert, müssen wir illusionslos anerkennen, dass bündige Erklärungen

beispielsweise für Unruhen in Kenia nicht mehr zu Gebote stehen: Einmal werden sie als Folge politischen Streits und Konsequenz unterschiedlicher Interessen beschrieben, einmal als tribaler Konflikt zwischen zwei Stämmen und schließlich als Verwerfung innerhalb eines unübersichtlichen Mischmasches von immerhin vierzig Ethnien. Wer solche Begriffe benutzt, bedient sich im konzeptuellen Baukasten der alten, der verschwundenen Welt. Und selbst wenn sie an entfernten Orten wieder auferstanden sein sollte, müsste der Soziologe untersuchen, wie es dazu kam und weshalb wir berechtigt sind, wieder von Gruppenbildungen nach klassischem Muster zu sprechen. Die Wahrheit ist, dass sich die aktuellen Kollektivbildungen unserem Verständnis entziehen. Ihre Bestandteile sind in aller Regel unbekannt und häufig sind wir selbst Akteure in den Entwicklungen, die wir beobachten wollen. Wie also entstehen die Kollektive innerhalb der Weltgesellschaft, wie setzen sie sich zusammen und wie stabilisieren sie sich? Welche neuen Kollektive gibt es überhaupt und was ist die Rolle, die sie jetzt übernehmen?

Ganz ohne Frage ist das internationale Recht ein bedeutsames Charakteristikum der Weltgesellschaft. Es hat sich mit seiner Formulierung verselbständigt. Jeder kann sich auf seine Kodifizierungen berufen, kann es beanspruchen, versuchen, es für seine Belange in Geltung zu bringen und praktisch werden zu lassen. Dieses Recht, einmal formuliert, einmal als geltend niedergeschrieben, mehr oder weniger gut institutionalisiert, ist in der Welt. Natürlich braucht seine Durchsetzung Personal, klassischerweise also Polizisten, Staatsanwälte und Richter. Es braucht einen Gerichtshof hier, eine NGO dort, einen Staat, der die Einhaltung gewisser Regelungen fordert, einen anderen, der sie eklatant verletzt. Alles dies sind weltgesellschaftliche Sachverhalte, die Auswirkungen auf unser Leben haben. Auch deshalb sollte sich die Sozialwissenschaft die unterschiedlichen Kollektivbildungen genau ansehen. Wir werden vieles neu zu begreifen haben.

-
- ¹ Michael Mann, *Geschichte der Macht*, 3 Bde. in vier TI-Bdn., Frankfurt am Main 1990-2001.
- ² Keynes verfasste 1941 im Rahmen der Debatte um eine Nachkriegsökonomie zwei Papiere: "Post War Currency Policy" und ein "Proposal for International Currency Union", laut seinem Biographen die wichtigsten Papiere, die er je schrieb.
- ³ Zit. nach Robert Skidelsky, *John Maynard Keynes: Fighting for Britain 1937–1946*, London 2000, S. 223.
- ⁴ Douglas R. Holmes, "Supranationalism–Integralism–Nationalism", in: Delanty, Kumar (Hrsg.), *The Sage Handbook of Nations and Nationalism*, London/Thousand Oaks 2006, S. 396.
- ⁵ Jean–Paul Sartre in: Frantz Fanon, *Die Verdammten dieser Erde*, Frankfurt am Main 1966, S. 34.
- ⁶ Ebd., S. 24.

Published 2008–07–08
 Original in German
 Contribution by Mittelweg 36
 First published in *Mittelweg* 36 3/2008
 © Ulrich Bielefeld/Mittelweg 36
 © Eurozine